



WIR IN
EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

STANDPUNKT
FRAUENRECHTE
UND
GLEICHSTELLUNG



UNSER EINSATZ FÜR FRAUENRECHTE UND GLEICHSTELLUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die Europäische Union wird von vielen EU-Mitgliedstaaten zu Recht als Motor für Frauenrechte und Gleichstellung betrachtet: Viele Impulse um die geschlechtsspezifische Lohnkluft zu bekämpfen, um Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt fair zu behandeln, für mehr Frauen in Führungspositionen sowie für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kamen aus der Europäischen Union nach Deutschland und in andere EU-Mitgliedstaaten.

Gleichstellung ist ein Grundprinzip der Europäischen Union, in den Verträgen und in der Charta der Grundrechte verankert, das zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger bei allen Tätigkeiten und Vereinbarungen durchgängig berücksichtigt werden muss. Seit Jahren beobachten wir SPD-Europaabgeordnete jedoch mit Sorge, dass dieser Motor immer häufiger ins Stocken gerät. Zwar wächst das gesellschaftliche Bewusstsein für vorhandene Diskriminierungen von Frauen

und anderen Gruppen stetig - nicht zuletzt durch Debatten wie #metoo. Gleichzeitig wächst aber der Widerstand gegen eine fortschrittliche Politik, die diese Missstände beheben will. Dabei beobachten wir eine sich polarisierende Debatte, die von der Straße bis in die Parlamente reicht und dort am Status quo rüttelt oder fortschrittliche Gesetze ganz verhindert - auch bei den Verhandlungen auf EU-Ebene. Wo Frauenrechte und Gleichstellung bedroht sind, ist unsere Demokratie in Gefahr. Wir stellen uns diesen Tendenzen energisch entgegen. Unser Ziel ist eine vollständige Gleichstellung in allen Bereichen, denn die Zukunft gehört Frauen und Männern gleichermaßen.

EINE NEUE STRATEGIE FÜR GLEICHSTELLUNG IN DER EU

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen in der litauischen Hauptstadt Vilnius vergleicht die Fortschritte, die die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU sowie die EU insgesamt machen. Vergleichbarkeit alleine reicht jedoch nicht aus, wir brauchen dringend eine neue Gleichstellungsstrategie auf EU-Ebene. Diese muss für die Arbeit der EU-Institutionen, aber auch der Mitgliedstaaten, wieder konkrete Ziele, Zeitrahmen und Sanktionsmöglichkeiten festlegen. Bisher fehlt diese Strategie. Nachdem die EU-Kommission zu Beginn der Legislaturperiode, gegen den Willen des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates, keine neue Strategie vorgelegt hat, sondern lediglich ein internes Arbeitsprogramm, ist es nun an der Zeit, dass Gleichstellung wieder eine strategische Priorität der Union wird. Unser Ziel ist dabei, endlich tatsächliche Chancengleichheit zu schaffen und sämtlichen Formen von Diskriminierung ein Ende zu setzen. Dafür muss die EU vor allem bei den folgenden Themen, die in ihrem Kompetenzbereich liegen, handeln:

GEWALT GEGEN FRAUEN BEENDEN

Geschlechtsspezifische Gewalt trifft Frauen in der EU nach wie vor in ihrer ganzen Härte. Sie werden ausgenutzt, bedroht, geschlagen, vergewaltigt und getötet. Die Rechte der Frauen werden nicht selten mit Füßen getreten. Sie werden in ihrer Würde und ihrem Recht auf ein gewaltfreies Leben verletzt. Wir SPD-Europaabgeordnete fordern deshalb einen Rechtsakt, der sowohl ein kohärentes System zur Erhebung statistischer Daten als auch einen



verstärkten Ansatz der EU-Mitgliedstaaten sicherstellt, alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie geschlechterbezogene Gewalt zu verfolgen, präventiv zu stoppen und einen niedrigschwelligen Zugang zur Justiz zu ermöglichen. Die im Juni 2017 von der Europäischen Union unterzeichnete Istanbul-Konvention ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Konvention verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, Maßnahmen zum Schutz der Opfer, zur strafrechtlichen Verfolgung der Täter und zur Vermeidung geschlechtsspezifischer Verbrechen durchzuführen. Wir fordern ihre zügige Ratifikation und Umsetzung, um Frauen endlich europaweit einheitlich zu schützen und Gewalt gegen Frauen ein unverzügliches Ende zu bereiten.



VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF VERBESSERN

Die EU-Kommission hat leider ihren Vorschlag zur Mutterschaftsrichtlinie zurückgezogen, seitdem haben wir SPD-Europaabgeordnete uns intensiv für einen neuen Richtlinienentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingesetzt. Der Vorschlag wurde im Rahmen der Sozialen Säule vorgestellt und wird nun vom Rat und dem Europäischen Parlament verhandelt. Unser Ziel ist dabei nicht nur die Entlastung von Frauen durch eine partnerschaftliche und so gerechtere Aufteilung der Pflege-, Haus-, und Betreuungsarbeit, sondern auf lange Sicht auch ein echter Mentalitätswechsel. Es muss klar sein, dass Männer und Frauen zu gleichen Teilen Betreuungs- und Erwerbsarbeit übernehmen können. Weder Stereotype und zugewiesene Rollen noch Diskriminierung, dürfen Menschen davon abhalten, sich um andere zu kümmern und sich (familiäre) Pflichten gleichberechtigt zu teilen. Eine neue

europäische Richtlinie muss dies widerspiegeln und einen Fokus auf Verantwortung und Flexibilität für Frauen und Männer legen.

GLEICHE ARBEIT, GLEICHER LOHN

Frauen verdienen in der EU im Durchschnitt nach wie vor 16,3 Prozent weniger als Männer. In Deutschland sind es sogar 21 Prozent. Solange die Arbeit von Frauen nicht dieselbe Wertschätzung erfährt, wie die von Männern, werden Frauenrechte verletzt und das Versprechen von Gleichberechtigung auf dem Papier nicht in die Realität umgesetzt. Wir fordern die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, gezielte Maßnahmen sowohl legislativer als auch nicht-legislativer Art vorzuschlagen, um Lohntransparenz sicherzustellen, Sanktionen bei Nichteinhaltung verhängen zu können und auf diese Weise das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu verringern. Der derzeit laufende Aktionsplan der Kommission muss in der kommenden Legislaturperiode verlängert und seine Maßnahmen vertieft werden.



MEHR FRAUEN IN ENTSCHEIDUNGSPPOSITIONEN

Während Frauen immer besser qualifiziert sind, findet man sie in den höchsten Positionen nach wie vor selten. Wir SPD-Europaabgeordnete mussten feststellen, dass sich die gläserne Decke nur mit konkreten Maßnahmen durchbrechen lassen wird und sind bereit, alle uns dafür zur Verfügung stehenden Mittel zu verwenden. EU-weit muss endlich die Quote für Aufsichtsräte kommen! Dabei geht es nicht nur um die gleiche Teilhabe in Positionen, in denen etwas entschieden wird, sondern auch um die Art der Entscheidungen. Nur ein Aufsichtsrat, der aus Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen besetzt ist, wird auch Entscheidungen treffen, die alle Menschen berücksichtigen. Wir werden daher den Druck auf den Rat erhöhen, die

im Jahr 2012 vorgelegte Richtlinie endlich zu verabschieden.

VOR DISKRIMINIERUNG SCHÜTZEN

Während Antidiskriminierungsaspekte in der EU-Gesetzgebung bisher auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beschränkt sind, würde ein Richtlinienentwurf von 2008 Diskriminierung verbieten in den Bereichen Sozialschutz, Bildung sowie Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. So kann das bisherige Schutzniveau bedeutend erweitert werden. Menschen in Deutschland sind davor bereits durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz geschützt. Dieser Schutz steht in vielen Ländern der EU aber nach wie vor aus. Wir wollen allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern den gleichen Schutzstandard zugutekommen lassen und appellieren daher an den Rat, die Verhandlungen schnellstmöglich wiederaufzunehmen.



DAS BLEIBT ZU TUN:

Wir erleben eine Zeit, in der Frauenrechte in einigen Regionen Europas auf dem Rückmarsch sind - oder zumindest starken Gegenwind erfahren. In der sich Extremisten und Rassisten hinter einem Pseudofeminismus verstecken und ihn für ihre eigene Agenda missbrauchen. Eine Zeit, in der populistische und rechte Parteien den bisherigen Fortschritt zurückdrehen wollen und Rechte von Menschen gegeneinander ausspielen.

Damit die Zukunft nicht nur weiblich, sondern gleichgestellt ist, gibt es daher auf allen Ebenen einiges zu tun. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Stereotypen, frei von gesellschaftlichen Zwängen und Vorstellungen über ihr Leben und dessen Ausgestaltung entscheiden können. Ein Grundstein dafür ist die Einhaltung von Frauenrechten als Menschenrechte.



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Stand Mai 2019

KONTAKT / HERAUSGEBER

Büro Berlin:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: + 49 30 2277 1273
E-Mail: europabuero.spd@bundestag.de

Büro Brüssel:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Rue Wiertz
1047 Brüssel / Belgien
Telefon: + 32 2 284 3190
E-Mail: s-d.delegationDE@ep.europa.eu

Herausgeber: Jens Geier (V.i.S.d.P.)